

Bern, 22. Januar 2021

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Privatisierung von Postfinance: „Service public“ in Gefahr

Nachdem man der Postfinance zuerst lediglich das Kredit- und Hypothekargeschäft erlauben wollte, schlägt der Bundesrat nun eine vollständige Privatisierung vor. Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen jedoch ein solches Ansinnen vehement ab, zumal dieses letztlich Folgen für den gesamten Postkonzern hätte. Dieser müsste aufgrund der neuen Anforderungen eines hart umkämpften deregulierten Marktes wohl den unternehmerischen Fokus zukünftig vermehrt auf sämtliche Finanzgeschäfte richten, sodass die traditionellen Versorgungsaufgaben noch stärker unter Druck kämen. Das Tempo für die Umsetzung der grösstenteils bereits mittelfristig geplanten Schliessungen von wenig rentablen Postfilialen würde massiv zunehmen. Zudem dürfte damit gerechnet werden, dass die Konzernverantwortlichen auch über Aufhebungen von schwach frequentierten Postautolinien diskutieren möchten. Unter diesen Massnahmen hätte sodann die ländliche Bevölkerung zu leiden. Der schrittweise Abbau eines flächendeckenden „Service public“ hilft indirekt mit, die wirtschaftlichen Strukturen in den Randregionen herunterzufahren.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer